

Pressematerial

Sozialreport 2010
Die deutsche Vereinigung - 1990 bis 2010 -
Positionen der Bürgerinnen und Bürger

125 Seiten
54 Abbildungen
54 Tabellen

Erarbeitet vom
Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum
Berlin-Brandenburg e.V.

im Auftrag der Volkssolidarität Bundesverband e.V.
Berlin - August 2010

verantwortlich: Dr. Reinhard Liebscher

Die diesem Report zugrunde liegende Untersuchung „Leben in den neuen Bundesländern - Daten und Fakten zur sozialen Situation“ wird seit 1990 (erstmalig Januar 1990) jährlich durchgeführt. Der Sozialreport 2010 beruht auf der 21. Welle der Erhebungsreihe. Darüber hinaus wurden im Jahre 2010 zum Ost-West-Vergleich auch die Positionen der westdeutschen Bürgerinnen und Bürger erfasst, um nicht nur die Ergebnisse der Veränderungen im Osten seit 1990, sondern auch die Angleichung der Lebensverhältnisse ebenso wie Unterschiedlichkeiten in den Chancen auf eine gleichwertige Lebensgestaltung und Vielfalt des Lebens darzustellen.

Der Sozialreport 2010 ist - in der Tradition der Sozial- und Seniorenreporte der vergangenen Jahre stehend - ein spezifischer Beitrag zum 20. Jahrestag und stützt sich zugleich auf Ausarbeitungen zur friedlichen Revolution sowie Lebenslagen in Ostdeutschland.

2010 wurden insgesamt 2.090 Bürger befragt. Die Befragung erfolgte postalisch, nach einem der Bevölkerungsgröße entsprechenden Anteil in den einzelnen Bundesländern. Die Ergebnisse der Untersuchung sind repräsentativ für Deutschland insgesamt sowie für Ost- und Westdeutschland. Soweit nicht anders vermerkt werden im nachfolgenden Material „neue Länder“ unter Einschluss von Berlin-Ost und unter „früheres Bundesgebiet“ unter Einschluss von Berlin-West verstanden. Die Verwendung von Ostdeutschland/Westdeutschland entspricht - soweit nicht anders vermerkt - dem analog. Die in Klammern gesetzten Zahlen (T1, T2 usw.) verweisen auf die Tabellen im Anhang.

1. Positionen zur deutschen Einheit

Die 1989 getroffene Aussage von Alt-Bundeskanzler Willy Brandt: „Jetzt wächst zusammen was zusammengehört“ hat ihre Bedeutung und Richtigkeit bis in die Gegenwart noch nicht verloren. Der Stand der deutschen Einheit wird zwischen Ost und West extrem unterschiedlich bewertet (T1). 47 % der Bürger im Westen und 17 % im Osten sehen die Einheit im Wesentlichen als erreicht an.

Die Bürger in Deutschland sehen sich sowohl als Gewinner wie Verlierer der Einheit (T2). Während im Osten mehr Bürger für sich Gewinne feststellen (42 %) als im Westen (37 %), konstatieren im Westen mehr Bürger Verluste (35 %) als im Osten (24 %). Insbesondere Arbeitslose und Bürger mit geringem Einkommen sehen sich in Ost wie West als Verlierer.

Die Mehrheit der Ostdeutschen will weder die DDR wiederhaben noch fühlt sie sich in der Bundesrepublik schon richtig wohl (59 %); 9 % wollen die DDR wiederhaben (T3). In den alten Bundesländern wollen 11 % der Bürger am liebsten die Mauer wiederhaben und 10 % der Westdeutschen fühlen sich in der jetzigen Bundesrepublik nicht mehr richtig wohl. Charakteristisch für die alten Bundesländer ist, dass sich 70 % seit der Vereinigung nicht anders fühlen als vorher bzw. wohler fühlen und/oder erst jetzt richtig als Deutsche. In Ost wie West zielen „restaurative“ Aussagen, insbesondere von Arbeitslosen und Bürgern mit Einkommensverlusten, auf Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Der weitere Angleichungsprozess

Die Festlegungen des Koalitionsvertrages, die Lebensverhältnisse in Deutschland bis 2019 weitgehend anzugleichen, werden von den Bürgern mehrheitlich nicht für real gehalten (T4). Mehr als die Hälfte in Ost und West glaubt nicht mehr an das Erreichen der Angleichung bzw. ist dazu nicht aussagefähig.

Nur 23 % der ab 18-jährigen Bürger in Deutschland halten die Festlegungen des Koalitionsvertrages zur Angleichung der Lebensverhältnisse für real, 56 % verneinen das, 18 % können dazu keine Aussage treffen (weiß ich nicht) bzw. 4 % geben keine Antwort. Dabei sind die positiven Erwartungshaltungen in den alten Bundesländern erkennbar höher (25 % ja/53 % nein) als im Osten. Nur 17 % der Ostdeutschen halten das für real, 66 % nicht. Grundlage für die insgesamt nicht vertrauensvolle Haltung zu den getroffenen Aussagen sind in Ost wie West sicher die Erfahrungen des 20-jährigen „Angleichungsprozesses“ sowie des allgemeinen Politikvertrauens. 66 % der Westdeutschen und 77 % der Ostdeutschen, welche „wenig“ bzw. „kein Vertrauen“ in die Regierung haben, gehen dementsprechend auch nicht davon aus, dass die vereinbarte Angleichung real sei.

Die Bürger der neuen Bundesländer - ebenso wie die der alten Bundesländer - verstehen unter „Angleichung“ nicht eine Gleichheit im Sinne formaler quantitativer Gleichheit oder Nivellierung, sondern eher und vor allem „Chancengleichheit“ im Sinne von Herstellung vergleichbarer Bedingungen für einen eigenständigen Lebensvollzug, das meinen 90 % der Ost- und 88 % der Westdeutschen.

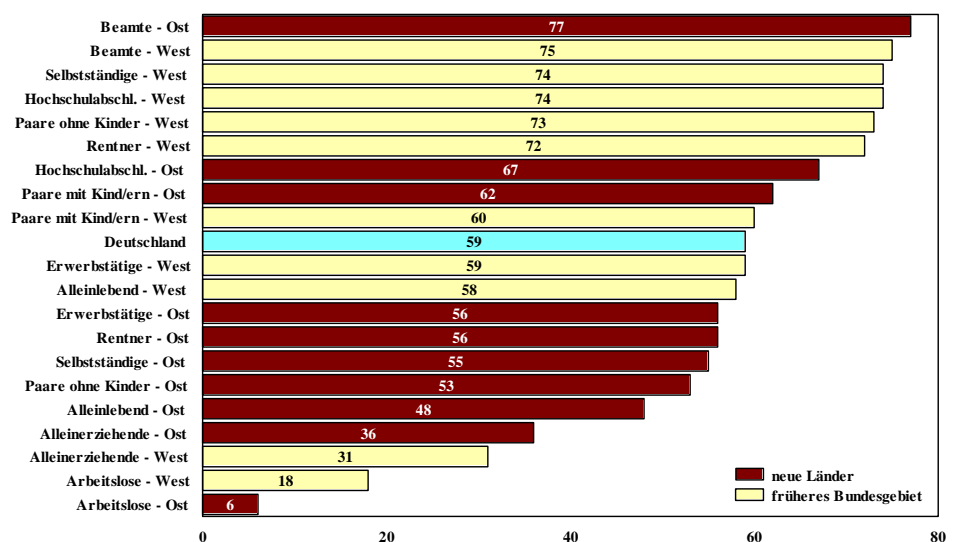
2. Beurteilung der gesellschaftlichen und der eigenen Lebenssituation

Allgemeine Lebenszufriedenheit

Insgesamt gibt es eine hohe allgemeine Lebenszufriedenheit in Deutschland (T5). Dabei weist der Westen höhere Zufriedenheiten aus als der Osten. Insbesondere jüngere und ältere Bürger sind überdurchschnittlich zufrieden. In Deutschland sind 59 % der Bürger mit ihrem Leben alles in allem sehr zufrieden oder zufrieden, 30 % teilweise zufrieden und nur 9 % unzufrieden. Dabei ist die allgemeine Lebenszufriedenheit im Westen mit 62 % Zufriedenen und 8 % Unzufriedenen deutlich höher als im Osten, aber auch in den neuen Ländern sind 51 % der Bürger zufrieden und nur 15 % unzufrieden. Erwerbstätige sind in West wie Ost prägend für den Kern der Bewertung.

Ein Vergleich der Zufriedenheitsbewertung nach sozialen Hauptgruppen belegt, dass Beamte (Ost und West), Selbstständige (West) ebenso wie Hochschulabsolventen (Ost und West), Familien ohne Kinder und Rentner (West) sowie Angestellte (Ost und West) überdurchschnittlich positive Wertungen abgeben. Während Paare mit Kindern in Ost wie West in etwa vergleichbare Aussagen treffen, liegen die Paare ohne Kinder mit 53 % im Osten und 73 % im Westen deutlich auseinander.

Anteil der "Zufriedenen" nach sozialen Hauptgruppen - nach Regionen - 2010
- in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Die höchsten Zufriedenheiten weisen die Deutschen in Ost wie West für das Wohnen und die Freizeit aus. Es sind jene Bereiche, welche der Einzelne relativ selbstständig gestalten kann. Am Ende der Zufriedenheitsskala liegen Leben mit Kindern, Demokratie, politischer Einfluss und die Einkommens-Preis-Verhältnisse.

Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage

Die Aussagen zur wirtschaftlichen Situation reflektieren sowohl die unterschiedlichen Realitäten von Lebenslagen der Bürger als auch die existierenden regionalen Unterschiede. Insgesamt ist die wirtschaftliche Lage im Osten durch einheitlichere (homogenere) Verteilungsstrukturen individueller finanzieller/materieller Lebenslagen gekennzeichnet. Insgesamt bewerten über 40 % der Bürger in Deutschland ihre wirtschaftliche Lage mit „sehr gut“/„gut“ (42 %), weitere 41 % mit „teils gut/teils schlecht“ und 16 % mit „schlecht“/„sehr schlecht“ (T6). Die Bewertung der wirtschaftlichen Situation in den alten Bundesländern fällt mit 44 % („sehr gut“/„gut“) besser aus als in den neuen Ländern (36 %), wie dementsprechend 22 % der Ostdeutschen ihre Situation als „schlecht“/„sehr schlecht“ bewerten - im Vergleich zu 14 % im Westen.

Die grundlegenden Differenzierungen in den jeweiligen Bewertungen sind die Lebenslagenunterschiede zwischen den Bürgern mit „guter“ und denen mit „schlechter“ Einschätzung. Das bezieht sich auf Einkommen wie Vermögen, auf Wohnbedingungen und Wohnverhältnisse ebenso wie auf Bildung und Erwerbsstatus.

Besondere Unterschiedlichkeiten werden erkennbar bei einer überdurchschnittlichen positiven Bewertung der Rentner (Ost 39 % „sehr gut/gut“ - West 53 %), aber auch in unterschiedlichen Bewertungen zwischen Familien, indem im Osten Familien mit Kindern die positivere Aussage treffen (Ost 49 %/West 40 %), sind es im Westen die Familien ohne Kinder (Ost 35 %/ West 55 %). Offensichtlich wirken hier sowohl die geringere Berufstätigkeit von Müttern im Westen als auch die generelle Betrachtung von Kindern als „Kostenfaktor“.

In Ost wie West sind es vor allem Alleinerziehende (22 % Ost/27 % West) und Arbeitslose (1 % Ost, 5 % West), welche unterdurchschnittliche Wertungen abgeben.

28 % der ab 40-jährigen in Deutschland lebenden Bürger bewerten ihre wirtschaftliche Situation gegenwärtig als „viel besser“/„besser“ im Vergleich zur Zeit vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (T7), 46 % als „schlechter“/„viel schlechter“ und 23 % sehen sie für sich als unverändert an. Die insgesamt getroffenen Aussagen werden vor allem von den Bürgern Westdeutschlands beeinflusst. 47 % geben eine Verschlechterung, 24 % keine Veränderung und nur 24 % eine Verbesserung an - im Gegensatz zum Osten mit 41 % Verbesserung, 39 % Verschlechterung und 16 % ohne Veränderung.

Charakteristisch für die Bewertung der wirtschaftlichen Lage sind auch eine zunehmende wirtschaftliche Perspektivlosigkeit und Verunsicherung. Bezogen auf die vermutlich erwartete künftige wirtschaftliche Situation „in fünf Jahren“ gehen 19 % der Bürger davon aus, dass sich ihre Lage verbessern wird, 30 % erwarten keine Veränderung und 35 % nehmen Verschlechterungen an. Dabei stimmen die Erwartungen in Ost wie West weitgehend überein. Die Annahme auf Verbesserungen wird in Ost wie West vor allem von den jüngeren Bürgern getragen. Verschlechterungen nehmen im Besonderen ab 50-jährige Bürger im Osten (über 50 %), aber auch im Westen (40 %) sowie Arbeitslose an (50 % in den neuen Ländern - rd. ein Drittel in den alten Ländern).

Zunehmende Armut ist/wird eine der grundlegenden Entwicklungstendenzen des sozialen Wandels in Deutschland. 2010 lebten 18 % der ab 18-jährigen Bürger unterhalb der Armutsrisikoschwelle (60 % des Median-Haushaltsnettoeinkommens pro Kopf). Das waren in Ostdeutschland 24 % und in Westdeutschland 16 % (T8). Das am meisten betroffene Potenzial sind Arbeitslose (72 % Ost/49 % West), Alleinerziehende (38 % Ost/39 % West) und Familien mit 3 und mehr Kindern (38 % Ost/35 % West).

In Deutschland verfügen 47 % aller 18- bis 65-Jährigen über eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit, darunter im Osten 62 %. Der Anteil der Frauen mit eigener Erfahrung von über 2 Jahren Arbeitslosigkeit liegt im Osten bei 20 Prozent aller 18- bis 65-jährigen Frauen (Männer 17 %) - im Gegensatz zu 7 % der Frauen im früheren Bundesgebiet (Männer 4 %). Rd. ein Drittel der Erwerbstätigen lebt in sozialer Verunsicherung aufgrund empfundener Arbeitsplatzbedrohung. 7 % sind sich relativ sicher, in der nächsten Zeit arbeitslos zu werden, 29 % geben „vielleicht“ an. Im Gegensatz zur Unterschiedlichkeit der realen Arbeitslosigkeit wird von dem verbleibenden Teil eine zwischen Ost und West gleiche „Bedrohung“ empfunden.

Die Aussagen zu individuellem sozialen Auf- bzw. Abstieg weisen eine relativ hohe Übereinstimmung in Ost wie West auf. Bezogen auf den Vergleich der letzten 5 Jahre sehen für sich 20 % in Westdeutschland und 17 % in Ostdeutschland diese als sozialen Aufstieg bzw. 21 % als sozialen Abstieg (22 % der Ostdeutschen) an - mehrheitlich wird die Aussage „weder/noch“ getroffen (West = 51 %, Ost = 53 %). Bei Bürgern mit einem Haushaltsnettoeinkommen unterhalb der Armutsgrenze sehen sich im Westen 42 % als Absteiger und im Osten 46 %.

Werte

Die Grundwertestruktur in Deutschland unterscheidet sich vor allem hinsichtlich des Stellenwertes von Freiheit und sozialer Sicherheit zwischen Ost und West. Sozialisation und Status quo führen zu deutlichen Unterschieden zwischen Ost und West. In Ostdeutschland liegt soziale Sicherheit ebenso wie Freiheit für 46 % der ab 18-jährigen Bürger an vorderster Stelle, Gerechtigkeit für 37 %, Solidarität für 13 % und Gleichheit für 10 %. In Westdeutschland hat Freiheit mit deutlichem Abstand den vorrangigen ersten Platz (61 %), gefolgt von Gerechtigkeit (37 %) sowie sozialer Sicherheit (29 %), Solidarität (13 %) und Gleichheit (12 %).

Arbeit, ein dem Einkommen entsprechender Lebensstandard, Gesundheit und Wohnen stehen im Zentrum der Wertehierarchie der Bürger in den neuen wie alten Bundesländern. Insgesamt ist im Ost-West-Vergleich eine bis auf die Werte Umwelt („sehr wichtig“: 48 % Ost/56 % West) und Demokratie (27 % zu 38 %) weitgehend in ihren Grundstrukturen übereinstimmende Wertestruktur erkennbar.

Demokratie

Demokratie hat in Westdeutschland - 82 % halten sie für „wichtig“ - einen höheren Stellenwert als im Osten (69 %). Die Zufriedenheit mit dem Stand der Demokratieentwicklung liegt in Ost wie West auf einem relativ niedrigen Niveau (26 % im Westen - 16 % im Osten). In Ost wie West werden mehrheitlich keine grundlegenden Änderungen erwartet - Verbesserungen nehmen 11 % in den alten Bundesländern an, 7 % im Osten.

Das Vertrauen in die gewählten Institutionen auf Bundes- und Landesebene ist in Deutschland generell gering, wenig und kein Vertrauen sind dominant in der Meinung der Bürger. Polizei und Gerichten wird demgegenüber ein höheres Vertrauen entgegengebracht. Insgesamt haben nur rd. 15 bis 20 % der Ost- wie Westdeutschen Vertrauen in die Bundes- bzw. Landesinstitutionen (Bundestag: Ost 15 %/West 20 %; Bundesregierung: Ost 20 %/West 15 %; Landesregierungen: Ost 20 %/West 21 %). Dem Bürger am nächsten agierende Institutionen wie die Gemeinde- und Stadtverwaltungen werden von rd. einem Drittel akzeptiert (Ost 30 %/West 37 %). Am höchsten ist das Vertrauen in die Arbeit der Polizei (Ost 48 %/West 64 %) und der Gerichte (Ost 32 %/West 47 %) - mit deutlichen Unterschieden positiver Bewertungen in den alten Bundesländern.

Die Bürger treten für eine deutliche Verstärkung plebiszitärer Elemente - so durch Volksentscheide und direkt-demokratische Elemente - ein (T9). Im Jahr 2010 sind 20 % der ab 18-jährigen Bürger in Deutschland der Auffassung, dass es reicht, alle vier bis fünf Jahre zur Wahl zu gehen, eine Mehrheit von 58 % der Bürger tritt dafür ein, über Abstimmungen in Sachentscheidungen, die ihr Leben betreffen, einbezogen zu werden - das sind in den neuen Ländern 61 % und in den alten Ländern 57 %. In Ost wie West sind es vor allem die mittleren Jahrgänge, die sich für Bürgerbeteiligung einsetzen.

Zukunftserwartungen

Bezogen auf die eigene künftige Situation gibt es ein relativ einheitliches Bild bzw. übereinstimmende Vorstellungen. 20 % aller ab 18-jährigen Bürger gehen davon aus, dass sich ihr Leben in den nächsten 5 Jahren verbessern wird - insbesondere naturgemäß junge Menschen unter 25 Jahren. Von Verschlechterungen gehen 25 % aus - vor allem ab 50. Lebensjahr - und 41 % gehen für ihre eigene Zukunft nicht von Veränderungen aus (T10).

Ost- wie Westdeutsche meinen mehrheitlich, dass ein spezielles Konzept zur weiteren Angleichung der Lebensverhältnisse erforderlich sei - wenn das auch mit unterschiedlichem Nachdruck vertreten wird. Während in Ostdeutschland 85 % der Bürger aufgrund des erreichten Standes der deutschen Einheit ein spezielles Konzept durchaus für erforderlich halten, sind nur 61 % der Westdeutschen dieser Meinung.

14 % der Ostdeutschen, aber 60 % der Westdeutschen halten den Solidarfonds für nicht gerecht. 77 % der Westdeutschen sind dagegen, dass er so wie gegenwärtig erhalten bleibt - im Gegensatz zu 34 % der Ostdeutschen. Während im Westen die Auffassung im Wesentlichen von allen Gruppen geteilt wird, sind es im Osten vor allem Bürger mit einem höheren/hohen individuellen und Familien-Nettoeinkommen, welche sich gegen den Erhalt aussprechen.

Anhang

Alle Angaben: 2010 - ab 18. Lebensjahr - in Prozent - Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

T1: „Die Einschätzungen zur Einheit Deutschlands sind sehr unterschiedlich. Welcher Auffassung würden Sie zustimmen?“

	Ost und West sind weitgehend zusammengewachsen	zwischen Ost und West gibt es nur noch geringe Unterschiede	die Unterschiede zwischen Ost und West sind noch relativ groß	die Unterschiede werden immer größer	auch in 50 Jahren wird es noch gravierende Unterschiede geben	ohne Antwort
Deutschland	9	31	40	3	13	4
neue Länder	3	14	53	7	16	7
früheres Bundesgebiet	11	36	37	2	12	3

T2: „Sind fast zwanzig Jahre deutsche Einheit für Sie insgesamt ...?“

	vor allem Gewinn	mehr Gewinn als Verlust	Gewinn/Verlust sind gleich groß	mehr Verlust als Gewinn	vor allem Verlust	trifft für mich nicht zu	ohne Antwort
Deutschland	21	17	20	25	8	7	3
neue Länder	19	23	27	18	6	4	2
früheres Bundesgebiet	21	16	18	27	8	7	3

T3: „Seit der Einheit sind 20 Jahre vergangen. Welche Aussage trifft für Sie am ehesten zu?“

	fühle mich als richtiger Bundesbürger	möchte am liebsten die DDR wiederhaben	ich möchte weder die DDR wiederhaben noch fühle ich mich in der Bundesrepublik schon richtig wohl	trifft nicht zu/ohne Antwort		
neue Länder	25	9	59	16		
	ich möchte am liebsten die Mauer wiederhaben	ich fühle mich nicht mehr richtig wohl	ich fühle mich nicht anders als vorher	ich fühle mich wohler	ich fühle mich jetzt als richtiger Deutscher	trifft nicht zu/ohne Antwort
früheres Bundesgebiet	11	10	44	20	6	9

T4: „In der Koalitionsvereinbarung CDU-CSU-FDP wurde vereinbart: ‘die Lebensverhältnisse in Deutschland bundesweit bis 2019 weitgehend anzugleichen.’ Halten Sie diese Zielstellung für real?“

	ja	nein	ich weiß nicht	ohne Antwort
Deutschland	23	56	18	3
neue Länder	17	66	15	2
früheres Bundesgebiet	25	53	18	4

T5: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig - alles in allem - mit Ihrem Leben? Sind Sie ...?“

	sehr zufrieden	zufrieden	teilweise zufrieden	unzufrieden	sehr unzufrieden	ohne Antwort
Deutschland	12	47	30	7	2	2
neue Länder	7	44	33	12	3	1
früheres Bundesgebiet	14	48	28	6	2	2

T6: „Wie beurteilen Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Würden Sie sagen, sie ist ...?“

	sehr gut	gut	teils gut/ teils schlecht	schlecht	sehr schlecht	ohne Antwort
Deutschland	4	38	41	12	4	1
neue Länder	3	33	42	17	5	1
früheres Bundesgebiet	5	39	40	10	4	2

T7: „Wie bewerten Sie Ihre gegenwärtige individuelle wirtschaftliche Lage im Vergleich zur Zeit vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion (1.7.1990)?“ (nur Befragte, welche vor 1971 geboren sind)

	viel besser	besser	genauso	schlechter	viel schlechter	ohne Antwort
Deutschland	11	17	23	30	16	4
neue Länder	14	27	16	24	15	4
früheres Bundesgebiet	10	14	24	31	16	4

T8: Armuts-/Reichtumsprofile

(Median Deutschland = 1.330 Euro)	bis 40 % Median bis 532 Euro	40 bis 60 % 533 - 798 Euro	60 bis 80 % 799 - 1.064 Euro	80 bis 120 % 1.065 - 1.596 Euro	120 bis 200 % 1.597 - 2.660 Euro	200 % u.dar. über 2.660 Euro
	strenge Armut	Armutsrisiko- schwelle	untere Einkommen	mittlere Einkommen	höhere Einkommen	hohe Einkommen
Deutschland	8	10	15	33	27	8
neue Länder	9	15	19	38	15	4
früheres Bundesgebiet	8	8	14	31	31	9

T9: „Es gibt die unterschiedlichsten Meinungen zur Demokratie. Was gilt für Sie persönlich?“

	Es reicht aus, sich alle vier oder fünf Jahre an Wahlen zu beteiligen.*			Die Bürger sollen in Sachentscheidungen, die ihr Leben betreffen, über Abstimmungen einbezogen werden.*		
	trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu
Deutschland	20	39	35	58	29	9
neue Länder	24	37	32	61	26	7
früheres Bundesgebiet	19	39	35	57	29	10

* Differenz zu 100 = ohne Antwort

T10: „Wie wird sich Ihr Leben ganz allgemein in den nächsten fünf Jahren verändern?“

	vermutlich verbessern	so sein wie heute	vermutlich verschlechtern	ich weiß nicht	ohne Antwort
Deutschland	20	41	25	13	2
neue Länder	16	40	28	14	2
früheres Bundesgebiet	21	41	24	13	1

Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum
Berlin-Brandenburg e.V.
Köpenicker Straße 125
10179 Berlin

Telefon: 030/28 30 55 60
Fax: 030/28 30 55 61
E-Mail: post@sfz-ev.de
Home: www.sfz-ev.de